

Suhrkamp Verlag

Leseprobe

**HANS MAGNUS
ENZENSBERGER**

**SANFTES MONSTER
BRÜSSEL
ODER
DIE ENTMÜNDIGUNG
EUROPAS**

EDITION SUHRKAMP

Enzensberger, Hans Magnus
Sanftes Monster Brüssel oder Die Entmündigung Europas

© Suhrkamp Verlag
edition suhrkamp
978-3-518-06172-5

SV

Sonderdruck
edition suhrkamp

Hans Magnus Enzensberger

Sanftes Monster Brüssel
oder
Die Entmündigung Europas

Suhrkamp

© Suhrkamp Verlag Berlin 2011
Alle Rechte vorbehalten, insbesondere das der Übersetzung,
des öffentlichen Vortrags sowie der Übertragung
durch Rundfunk und Fernsehen, auch einzelner Teile.
Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form
(durch Fotografie, Mikrofilm oder andere Verfahren)
ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert
oder unter Verwendung elektronischer Systeme
verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Druck: CPI – Ebner & Spiegel, Ulm

Printed in Germany

ISBN 978-3-518-06172-5

2 3 4 5 6 – 16 15 14 13 12 11

Inhalt

7

I Lob & Preis

11

II Sprachregelungen

16

III Die Marotten der Kommission und die ihrer Kritiker

24

IV Einblicke in die Chefetagen

31

V Esprit de corps

36

VI Die halbvergessene Vorgeschichte

43

VII It's the economy, stupid!

50

VIII Der Eintritt in ein postdemokratisches Zeitalter

62

IX Eine Unterhaltung zwischen A, Monsieur de *** aus
der Kommission, und B, dem Verfasser, in der
Fattoria del Chianti an der Brüsseler Rue Archimède

71

Einige Quellen

I

Lob & Preis

Gute Nachrichten sind selten; deshalb empfiehlt es sich, mit ihnen anzufangen, auch wenn jeder ordentliche Reporter natürlich die schlechten bevorzugt.

Das Wichtigste zuerst: Es gibt nur wenige Jahrzehnte in der Geschichte unseres Erdteils, in denen der Friede geherrscht hat. Zwischen den Staaten, die der Europäischen Union angehören, ist es seit 1945 zu keinem einzigen bewaffneten Konflikt mehr gekommen. Fast ein ganzes Menschenalter ohne Krieg! Das ist eine Anomalie, auf die dieser Kontinent stolz sein kann.

Aber auch über eine Reihe von Annehmlichkeiten, bei denen es nicht um Leben oder Tod geht, können wir uns freuen. Sie sind inzwischen so selbstverständlich geworden, daß sie uns kaum noch auffallen. Personen, die jünger als sechzig sind, können sich nicht daran erinnern, wie mühsam es nach dem Zweiten Weltkrieg war, ein benachbartes Land zu betreten. Ohne einen langwierigen bürokratischen Kampf war an eine Auslandsreise nicht zu denken. Wer eine Grenze überschreiten wollte, hatte beglaubigte Einladungsschreiben vorzulegen, Visumanträge in dreifacher Ausfertigung auszufüllen, um Aufenthaltsgenehmigungen zu ersuchen, komplizierte Devisenbestimmungen und ein Dutzend anderer Hürden zu überwinden. Wollte man ein Buch aus dem Ausland beziehen, so war dazu eine umständliche Prozedur beim Hauptzollamt nötig. Erwartete man eine Überweisung aus Frankreich oder wollte man eine Rechnung in Spanien bezahlen, so kam dies einem Hoheitsakt gleich, der ohne eine Ansammlung von amtlichen Stempeln nicht vollzogen werden konnte. Heute

ist das alles nur noch eine verblässende Erinnerung. Wer einen Paß der meisten Mitgliedsländer besitzt, kann wohnen, wo er will, ohne bei Ausländerbehörden Schlange zu stehen, um eine Aufenthaltsgenehmigung oder eine Arbeitserlaubnis zu erlangen. Es ist sogar, mit wenigen Ausnahmen, möglich geworden, ein elektrisches Gerät anzuschließen, ohne ein Arsenal von diversen Adaptern im Koffer mitzuführen. Auch viele Transaktionskosten sind in Europa, sehr zum Leidwesen der Wechselstuben, erheblich gesunken.

Kurzum, der Prozeß der europäischen Einigung hat unseren Alltag zum Besseren verändert. Ökonomisch war er lange Zeit derart erfolgreich, daß bis heute alle möglichen und unmöglichen Beitrittskandidaten an seinen Pforten um Einlaß bitten.

Ferner muß man es unseren Brüsseler Beschützern danken, daß sie nicht selten wacker vorgegangen sind gegen Kartelle, Oligopole, protektionistische Trickereien und unerlaubte Subventionen. Die Telephontarife! Die kleingedruckten Vertragsklauseln, mit denen arglose Konsumenten getäuscht werden sollen! Der Schutz der Nichtraucher! Die Abzocke am Geldautomaten! Die Union wacht darüber, daß hier Klarheit geschaffen wird.

Eine mühselige Arbeit, die sich nicht von selbst versteht. Denn die nationalen Regierungen haben sich immer wieder gern von den weltweit agierenden Riesen der Pharma-, Energie-, Finanz-, Lebensmittel- und Kommunikationsbranche über den Tisch ziehen lassen. Das sind Gegner, die über enorme Geldmittel verfügen. Sie kämpfen mit harten Bandagen um ihre Monopolgewinne, drohen mit dem Verlust von Arbeitsplätzen und haben es in der Kunst der Steuerflucht zum Virtuositum gebracht. Kein einzelnes Land ist heute mehr in der Lage, ihnen die Stirn zu bieten, ihren Erpressungsversuchen zu widerstehen und sie gelegentlich sogar zu bestrafen.

Auch um andere Probleme, die nur gemeinsam zu lösen sind, hat sich die Europäische Union verdient gemacht. Seit Jahren versucht sie, ohne durchschlagenden Erfolg, dem lächerlichen Flick-

werk ein Ende zu machen, das die Kontrolle des europäischen Luftraums zu einem gefährlichen Geduldspiel macht. Die sechs- unddreißig verschiedenen Einrichtungen, die ihn überwachen, jede von ihnen mit anderen Verfahren und Techniken, werden jedoch bis heute von den militärischen und zivilen Instanzen der Mitgliedsländer mit rattenhafter Zähigkeit gegen jeden Vorschlag zur Bereinigung verteidigt. Diese Form der Flugsicherung kostet nicht nur über drei Milliarden Euro im Jahr, sie verschlingt auch Unmengen an Treibstoff und führt zu endlosen Staus und Verspätungen.

Fatale Folgen hat auch der ewige Streit um die Fischfangquoten und die stets auf die lange Bank geschobene Endlagerung der radioaktiven Abfälle – alles Probleme, die keiner der Mitgliedsstaaten, für sich allein genommen, offenbar lösen kann oder will. Die Union hat aber auch noch ganz andere Vorteile zu bieten. Man wird in den entlegensten Ecken Europas auf Schilder stoßen, die verkünden, daß hier irgend etwas von der EU gefördert wird: der Bau einer Autobahn, einer Brücke, eines Gebäudes oder einer Forschungseinrichtung. Vor allem aber ist es die Landwirtschaft, die sich gewaltiger Subventionen erfreuen kann. Besonders die Großbetriebe werden aus dem größten Topf des Brüsseler Haushalts bedacht; für die Agrarpolitik stehen rund 59 Milliarden Euro zur Verfügung. Den zweitgrößten Platz nimmt mit 49 Milliarden die Regionalförderung mit insgesamt 455 Programmen ein. (Einen Wermutstropfen hat der Rechnungshof in diese Douceurs gemischt: Ihm zufolge sind zuletzt 36 % dieser Projekte unter falschen Voraussetzungen gefördert worden.)

Dennoch handelt es sich insgesamt um Wohltaten, die sich sehen lassen können. Sollte man also den Brüsseler Wächtern zu den schönen Resultaten gratulieren, die sie, den eifersüchtig gehüteten »nationales Interessen« zum Trotz, auf vielen Gebieten erzielt haben? Unbedingt nötig ist das nicht; denn diese Mühe nehmen uns die europäischen Behörden gerne ab.

II Sprachregelungen

Bekanntlich gibt es keine Regierung, die ohne Propaganda auskäme, auch wenn dieser Begriff nicht gern gehört wird; man spricht heute lieber von »verbesserter Kommunikation«. Auch die Europäische Union läßt es daran nicht fehlen. Schon vor Jahren hat sie kräftig in Werbefilme und Internetportale investiert. Mit fünf Millionen Euro jährlich subventioniert sie den Sender Euronews und mit sechs das weithin unbekannte Radionetzwerk Euranet. Auch das Europaparlament gönnt sich einen eigenen Fernsehkanal namens Europarltv, den es sich zehn Millionen kosten läßt, obwohl er nur wenige Zuschauer hat. Vieles, was es dort zu sehen und zu hören gibt, erinnert an Hofberichterstattung. Die Selbstkritik ist nicht die starke Seite unserer Wächter.

Die Kommission versteckt gewohnheitsmäßig die nationalen Beiträge zum EU-Haushalt in ihrem Budgetbericht, »weil Antieuropäer die Zahlen mißbrauchen könnten«. Wer zuviel darüber wissen will, gilt als Feind. Der Fédération de la Fonction Publique Européenne, einer Interessenvertretung der Beamtenschaft, die sich nach Brüsseler Brauch mit dem Akronym FFPE schmückt, geht die Geheimniskrämerei noch nicht weit genug. Sie hat unlängst in einem offenen Brief gefordert, daß die Kommission eine »mit den notwendigen Mitteln ausgestattete Spezialzelle« einrichten möge, »um auf all die schändlichen Attacken zu reagieren, die das Personal der EU zum Prügelknaben machen«. Schuld an solchen verleumderischen Angriffen seien »von antieuropäischen Lobbys gelenkte Medien«.

Dieses ganze PR-Theater verdankt sich nicht nur der gekränkten

Eitelkeit der Beamtenschaft. Es dient auch dazu, einen endemischen Mangel des Integrationsprojektes zu kompensieren. Denn es ist eine schmerzliche, aber unbestreitbare Tatsache, daß bis auf den heutigen Tag eine europäische Öffentlichkeit, die diesen Namen verdienen würde, nicht existiert. In der Sphäre der Medien ist immer noch jedem Land das Hemd näher als der Rock. Auch deshalb sind die Auskünfte, die uns aus Brüssel erreichen, nur mit Vorsicht zu genießen: je dünner die Legitimität, desto dicker der Glibber der PR.

In dieser ungemütlichen Lage wächst für die Behörde die Versuchung, die Meinungsbildung selbst in die Hand zu nehmen. Hierzu leisten, im Gegensatz zu Wahlen oder gar Abstimmungen, die allen, die an der Macht sind, eher lästig fallen, Umfragen gute Dienste, wenigstens solange ihre Ergebnisse so ausfallen, wie es dem Auftraggeber gefällt.

»Die Lösung ist mehr Europa«, tönt es aus dem Büro der Vizepräsidentin, der die Kommunikation besonders am Herzen liegt. Sie beruft sich auf die Ergebnisse einer Umfrage, die sich Euro-Barometer nennt und in ihrem Auftrag zweimal jährlich erhoben wird. Sie sind für die Kommission sehr günstig ausgefallen. »92 Prozent stimmen der These zu, daß die Arbeitsmärkte modernisiert werden müssen und daß die Unterstützung Armer und sozial Ausgegrenzter Vorrang hat. 90 Prozent wollen eine Wirtschaft, die weniger Rohstoffe verbraucht und weniger Treibhausgase verursacht.« Ein traumhaftes Ergebnis, das sich sicher noch steigern ließe, hätte man die Leute gefragt, ob sie für Krieg oder Frieden, für Siechtum oder gute Gesundheit und für Lohndumping oder für kräftige Tarifabschlüsse eintreten möchten.

Weniger triumphal sieht es aus, wenn man anderen demoskopischen Auskünften glaubt. Danach sehen nur noch 49 % der Europäer die Mitgliedschaft ihres Landes positiv, und nur noch 42 % der Bürger schenken den EU-Institutionen ihr Vertrauen.

Das liegt nicht zuletzt an dem Sprachgebrauch, der dort herrscht.

Selbst der Vertrag von Lissabon, ein Verfassungs-Ersatz, der als Rechtsgrundlage der Union dient, zeichnet sich dadurch aus, daß seine Lektüre auch den gutwilligsten europäischen Bürger vor unüberwindliche Schwierigkeiten stellt. Er gleicht einem unpassierbaren Drahtverhau. Abschnitte wie der folgende können nur der Abschreckung dienen:

»Im gesamten Vertrag werden die Worte ›Gemeinschaft‹ oder ›Europäische Gemeinschaft‹ ersetzt durch ›Union‹, die Worte ›Europäische Gemeinschaften‹ oder ›EG‹ oder gegebenenfalls ›Europäische Wirtschaftsgemeinschaft‹ durch ›Europäische Union‹, der Wortbestandteil ›Gemeinschafts‹ durch ›Unions‹ und das Adjektiv ›gemeinschaftlich‹ durch ›der Union‹, außer in Artikel 299 Absatz 6 Buchstabe c, wo der Artikel 311a Absatz 5 Buchstabe c wird. In Artikel 136 Absatz 1 betrifft die vorstehende Änderung nicht das Wort ›Gemeinschaftscharta.‹«

Daß es selbst Verfassungsjuristen schwerfällt, diese Prosa zu verstehen, kann kein Zufall sein. Leider ist anzunehmen, daß dies ganz im Sinne ihrer Urheber ist. Als in Irland 2008 über den Vertrag abgestimmt werden sollte, meinte der Ire Charlie McCreevy, der das Land in der Kommission vertrat, von den 4,2 Millionen Einwohnern hätten kaum 250 das Werk gelesen, und nicht einmal 25 von ihnen hätten es verstanden. Der Ausgang des Referendums ist bekannt.

Ein Vergleich mit dem Text der amerikanischen Verfassung zeigt, daß hier nicht nur mit der Sprache Schindluder getrieben wird. Schon der schiere Umfang des Dokuments spricht für sich. Es ist über 200 Seiten stark und wurde nur übertroffen von dem gescheiterten Verfassungsvertrag von 2004, einem Wälzer von 419 Seiten. »Dagegen unser Europa!« heißt es bei Gottfried Benn. »Viel Nonsens, Salbader: ›Die Wahrheit‹, Lebenswerk, 500 Seiten – so lang kann die Wahrheit doch gar nicht sein!«

Andere Sprachregelungen überraschen durch ihre historische Taubheit. Die Exekutive der Union, die darüber hinaus in fast allen Bereichen das alleinige Initiativrecht für die Rechtsetzung be-

sitzt und als »Hüterin der Verträge« die Einhaltung des Europarechts durch die Mitgliedstaaten überwacht, besteht nicht aus Ministern, sondern aus Kommissaren. Man darf bezweifeln, ob den Erfindern dieses Begriffs aufgefallen ist, welche Assoziationen sich in Europa mit ihm verbinden. Abgesehen davon, daß man darunter in manchen Ländern einen ermittelnden Polizisten versteht, handelt es sich um eine politisch schwer belastete Amtsbezeichnung. Volkskommissare gab es zwischen 1917 und 1946 in der Sowjetunion; politische Kommissare sorgten in der Roten Armee für die Einhaltung der Parteilinie; Reichskommissaren wurden in Deutschland von 1871 bis 1945 große Machtbefugnisse übertragen, und nach dem Überfall auf die Sowjetunion hielten von 1941 bis 1944 die Reichskommissariate Ostland und Ukraine das Heft in der Hand. Daß die Gründer der Union sich auf diese ebenso naheliegenden wie ominösen Erinnerungen nicht besonnen haben, spricht natürlich nicht gegen ihre wohlmeinenden Absichten; es zeugt nur von ihrer Geschichtsvergessenheit.

Merkwürdige Töne schlagen auch Verlautbarungen der Behörde an, die sich, wie der folgende Text, durch ihren autoritären Duktus auszeichnen: »Die Durchsetzungsmaßnahmen direkt nach der Inkraftsetzung der Rechtsvorschriften sind entscheidend für deren Erfolg und für den Erfolg der zukünftigen Überwachung und Durchsetzung ... Sobald die aktive Durchsetzung beginnt, wird ... empfohlen, eine aufsehenerregende Strafverfolgung zu betreiben, um die abschreckende Wirkung zu verstärken.« Diese Drohungen stammen nicht, wie man vermuten könnte, aus der Kriegssonderstrafrechtsverordnung des Deutschen Reiches aus dem Jahr 1938 oder aus dem Arsenal der hingschiedenen DDR, sondern aus einer ganz harmlosen Empfehlung des Rates der Europäischen Union, die sich im interinstitutionellen Dossier Nr. 2009/0088 findet und sich auf insgesamt 24 Seiten schlicht und einfach um rauchfreie Umgebungen bemüht zeigt. Die Kommission erklärt, daß sie sich gezwungen sieht, zu drakonischen

Mitteln zu greifen, da sich »freiwillige Regelungen auf nationaler Ebene als unwirksam erwiesen haben«.

Ihre Anstrengungen sind nämlich auf »die Verbesserung der Gesundheit der Bevölkerung, die Verhütung von Humankrankheiten und die Beseitigung von Ursachen für die Gefährdung der menschlichen Gesundheit gerichtet«. Dagegen kann nur etwas einzuwenden haben, wer vom Todestrieb besessen ist. Es gibt in Brüssel einen eigenen Kommissar, der sich allerdings nicht nur um solche Fragen kümmert. Daß er Dalli heißt, mag ihn beflügeln, tut aber nichts zur Sache. Auch daß er Zigaretten, wie einst pornographische Bücher oder Kondome, nur noch in diskreter Verpackung und unter dem Ladentisch verkauft sehen möchte, um die sittlich gefährdeten Europäer vor sich selbst zu schützen, erinnert zwar an die Zeiten des Absolutismus, an die sexuellen Zwangsneurosen der katholischen Kirche und an die »Bückware« der hingschiedenen DDR, verwundert aber kaum. Verblüffender ist jedoch, daß er von 650000 Europäern spricht, die, wie er meint, Jahr für Jahr durch das Rauchen getötet werden. Das mutet wie ein statistisches Mirakel an; denn vor ein paar Jahren soll die Zahl genauso hoch gewesen sein, obgleich der Konsum des fraglichen Krautes seither drastisch gesunken ist. (Ein ähnliches Wunder hat die Kommission mit ihrer Kampagne gegen den Feinstaub vollbracht, als sie behauptete, diesem tückischen Feind fielen alljährlich 310000 Bürger zum Opfer.) An ein generelles Verbot von Handfeuerwaffen und von Motorrädern, die bekanntlich ebenfalls die Mortalität steigern, hat die Kommission nicht gedacht. Lieber folgt sie in diesem Punkt dem Vorbild der Vereinigten Staaten von Amerika, wo man an jeder Straßenecke eine Maschinenpistole erwerben, aber keine Zigarette rauchen darf.

III

Die Marotten der Kommission und die ihrer Kritiker

Unsere Brüsseler Stellvertreter sind unbeliebt. Vom Ministerrat bis zur Kommission, vom Europäischen Gerichtshof bis zum allerletzten Referenten der Besoldungsgruppe AST 1 läßt ihr Ansehen zu wünschen übrig. Aber woher mag dieser Undank rühren? Woher kommt dieser Widerwille? Warum nur tun die meisten Mitbewohner des Kontinents alles, um ihren Treuhändern das Leben schwerzumachen? Die Zahl dieser Spielverderber dürfte bei mehreren hundert Millionen liegen. Verwundert faßt man sich in Brüssel an den Kopf und findet keine Antwort.

An den Einwänden der Störenfriede fällt auf, daß sie sich mit Vorliebe mit Nebensachen beschäftigen. Sie zielen eher auf die Symptome ihres Mißbehagens als auf dessen Ursachen. Dazu gehört die von den Medien geschürte Aufregung über den angeblich üppigen Aufwand für die Beamten der Union. Penibel werden die Privilegien und Vergünstigungen aufgezählt, die sie genießen. Die Generaldirektoren der höchsten Gehaltsstufe werden, wie es heißt, knapp doppelt so hoch entlohnt wie vergleichbare Beamte in Deutschland. 10% ihrer Bezüge sind steuerfrei, ebenso wie die allfälligen Reisepauschalen, die Haushalts-, Kinder- und Erziehungsbeiträge. Wer nicht in seinem Heimatland arbeitet, erhält eine Auslandszulage von 16%. Auch die Pensionsregelungen können sich sehen lassen. Mit spätestens 63 Jahren scheidet der normale Beamte aus dem Dienst, doch kann er auch schon mit 55 in den Vorruhestand treten. Von einem Insider aus der Kommission war zu hören, es gehe den derart Begünstigten

so gut, daß man sie schon »mit Waffengewalt dazu zwingen mußte, aus Brüssel wegzuziehen«.

Das sind starke, vermutlich allzu starke Worte. Gehör finden sie vor allem bei allen, die denen »da oben« grundsätzlich mit einer Ranküne begegnen, die nicht von gestern ist. Sie beruht auf jahrhundertealter Erfahrung und läßt sich jederzeit leicht instrumentalisieren. Eine solche Kritik trifft nicht nur die grenzüberschreitenden Institutionen. Sobald in irgendeinem Land die Diäten der Parlamentarier oder die Bezüge der Ministerialbeamten erhöht werden sollen, ertönen dieselben neidischen Protestrufe. Kein Demagoge wird, solange er nicht selbst am Zuge ist, einen Gedanken daran verschwenden, daß die Beschäftigten jeder Administration, vom Referenten bis zum Regierungschef, überall um Zehnerpotenzen schlechter bezahlt werden als jeder x-beliebige Konzernmanager oder Investmentbanker, ganz zu schweigen von den allseits beliebten Schlagersängerinnen, Fußballprofis und Fernsehmoderatoren, denen es niemand übelnimmt, daß sie Millionen verdienen.

Wie teuer sind unsere Brüsseler, Straßburger und Luxemburger Angestellten eigentlich? Ja, das ist schwer zu sagen. Schon ihre genaue Zahl steht nicht genau fest. In den Berichten der Presse schwankt sie zwischen 15 000 und 40 000. Das liegt wahrscheinlich daran, daß dort Beamte und andere Beschäftigte in einen Topf geworfen werden. Vielleicht sollte man sich an den Jahresbericht des Europäischen Rechnungshofes halten? Nach seinen Angaben liegen die Verwaltungskosten der EU bei 6 % des Gesamtbudgets. Das wären genau 8,2 Milliarden Euro. Andererseits behaupten Leute, die sich nicht nur in Brüssel, sondern auch in Österreich auskennen, die Verwaltung der Stadt Wien sei ebenso teuer wie die der Europäischen Union. Sie soll also mit 11,3 Milliarden Euro, etwa 10 % des Gesamthaushalts (2009), zu Buche schlagen. Das hört sich abenteuerlich an, solange man nicht bedenkt, daß eine Großstadt für allerhand zu sorgen hat, was die EU ändern überläßt, wie ihre Müllabfuhr, ihre Sozialbehörden

und viele andere Kostgänger. Offenbar liegt es an den Fallstricken der Statistik oder, weit schlimmer, in der Natur der Sache, daß alle administrativen Kostenrechnungen für den Steuerzahler ein Buch mit sieben Siegeln bleiben. Das allerdings gilt nicht nur für die Stadt Wien, sondern auch für die Behörden der Europäischen Union.

Unter diesen Umständen möchte man die Brüsseler Beamten, statt ihnen Vorwürfe zu machen, eigentlich eher in Schutz nehmen. Es ist sicher kein Vergnügen, eine Sechzigstundenwoche in einem Klima von Unpopularität, internen Konflikten, Blockaden und Intrigen zuzubringen, gar nicht zu reden von dem berufsbedingten Realitätsverlust, der unvermeidlicherweise jeder politischen Klasse droht und der natürlich mit der geographischen Entfernung von den übrigen Einwohnern unseres Kontinents wächst. Es ist kleinlich und unangebracht, zu fordern, daß ein derart erbarmungswürdiges Dasein auch noch schlecht bezahlt werde.

Ein weiterer Vorwurf, der gerne gegen »Brüssel« erhoben wird, wiegt viel schwerer. Das ist die Neigung der Kommission, sich in den Alltag der Europäer einzumischen. Ihr Regelungswahn, der viele Bürger in den Wahnsinn treibt, ist allerdings nicht schwer zu erklären. Wie Robert Conquest einmal bemerkt hat, verhält jede bürokratische Organisation sich so, als würde sie von den Geheimagenten ihrer Gegner geleitet. Diese Form der Selbstsabotage ist beklagenswert, aber kein Zufall; denn jede Ausdehnung ihrer Kompetenzen verspricht der Institution mehr Macht, mehr Geld und mehr Planstellen. Eine bessere Erklärung für viele Entscheidungen unserer europäischen Sachwalter hat bislang niemand vorgebracht.

Schon heute nimmt die Union seit dem Vertrag von Lissabon folgende Zuständigkeiten für sich in Anspruch: Alles, was den gemeinsamen Markt betrifft; entscheidende Bereiche der Wirtschafts-, der Gesundheits-, der Industrie-, Regional-, Bildungs-, Renten- und Jugendpolitik. Umwelt, Klima, Energie, Forschung,

Technologie, Verbraucherschutz, Einwanderung und Asyl, Zivilprozeßrecht, Strafrecht, Innere Sicherheit – da bleibt kein Feld unbeackert und kein Auge trocken. Zudem ist auch noch für eine ominöse »Flexibilisierungsklausel« gesorgt worden, mit der die Union sich bei Bedarf zur Ausdehnung ihrer Kompetenzen selbst ermächtigen kann.

Die zahllosen Beispiele sprechen eine deutliche Sprache. So werden dem, der mit einem Preßlufthammer arbeitet, Grenzwerte für »Hand-, Arm- und Ganzkörperschwingungen« vorgeschrieben. Auch über die Regeln für den Zahnersatz befindet die Kommission. Welcher Käse in Salzlake gereift ist, ist auf der Packung zu vermerken. Berühmt geworden ist der Fall der Gurkenverordnung (1677/88), die festschreibt, daß die Handelsklasse »Extra« dieses Gemüses nur in den Handel gebracht werden darf, wenn die Krümmung zehn Millimeter auf zehn Zentimeter Länge nicht überschreitet. Die Verbände einiger landwirtschaftlich geprägten Länder haben diese Kriterien nicht nur befürwortet, sondern auch heftig verteidigt. Erst nach zwanzig Jahren hat die Kommission sich bereit gefunden, sie ebenso abzuschaffen wie 25 andere der 36 Regeln, die sie für Bohnen, Blumenkohl und Melonen erfinden hat. Ob das auch für die Verordnung Nr. 2396/2001 gilt, müssen Berufenere ermitteln. In ihr wird festgelegt, daß »bei Lauch und Porree der Güteklasse I mindestens ein Drittel der Gesamtlänge oder die Hälfte des umhüllten Teils von weißer bis grünlich-weißer Färbung sein muß«; es sei denn, es handle sich um Frühporree oder Frühlauch; denn in diesem Fall »muß der weiße oder grünlich-weiße Teil mindestens ein Viertel der Gesamtlänge oder ein Drittel des umhüllten Teils ausmachen«.

Das ist nicht die einzige Regel, die möglicherweise auf der Kippe steht. Auch andere bemerkenswerte Vorzeigebestimmungen, wie die Bananenverordnung und die Vermarktungsnorm für Äpfel, sind gefährdet. Was die Vorschriften für die Mindestgröße von Kondomen betrifft, deren »Länge nicht weniger als hundert Millimeter und die Weite nicht mehr als zwei Millimeter von der

nominalen Weite abweichen« sollte, so hat die Kommission, vermutlich nach langem Ringen, ein Einsehen gezeigt. Die Länge von 16 Zentimetern jedenfalls ist nicht verpflichtend; sie wird nur dringend empfohlen. Der Kampf gegen den Rohmilchkäse und den Frankfurter Äpfelwein, Lebensmittel, die das Stirnrundeln der Behörde verursacht haben, muß sogar als endgültig verloren gelten, weil sich die widerspenstigen Franzosen, ebenso wie die Hessen, in diesen Fällen zu lärmenden Protesten aufgegriffen haben. Anzeichen dafür, daß der Behörde Zweifel an ihrer Allzuständigkeit gekommen wären, sind freilich nicht zu erkennen. Aus ihren kleinen Niederlagen irgendwelche weiterreichende Schlüsse zu ziehen liegt ihr fern. Die Produktion an weiteren Vorschriften blüht.

Ein schönes Beispiel für ihren Eifer bietet die »Verordnung des europäischen Parlaments und des Rates (EG) 244/2009 zur Durchführung der Richtlinie 2005/32/EG im Hinblick auf die Festlegung von Anforderungen an die umweltgerechte Gestaltung von Haushaltslampen mit ungebündeltem Licht«. Sie schreibt allen Europäern auf vierzehn engbedruckten Seiten vor, wie sie ihre privaten Räume zu beleuchten haben. Es ist schwer zu sagen, was hier obwaltet. Ist es Gewissenhaftigkeit? Ist es Schikane? Dummheit? Willkür? Oder die leicht sadistisch angehauchte Wollust des Befehlens und Verbotens? Das weiß niemand genau, auch diejenigen nicht, die dafür verantwortlich sind.

»Wer hat an der Uhr gedreht?

Ist es wirklich schon so spät?«

Auch das hat man in Brüssel getan. Die Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates 2000/84 sorgt dafür, daß ein paar hundert Millionen Leute zweimal im Jahr an sämtlichen Armband-, Taschen- und Wanduhren herumfingern müssen, was zur Folge hat, daß ihr Biorhythmus ein paar Wochen lang verrückt spielt. Zahlreiche Studien haben erwiesen, daß von dem Energiepareffekt, der dadurch erzielt werden sollte, keine Rede sein kann.